EXTRABLATT

Lesen, wie es wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview mit alt Bundesrat Christoph Blocher

Masseneinwanderung 6 - 7

Arbeit muss sich wieder lohnen!

Kanton Appenzell A.R. 9 - 12

Alles Wissenswerte zu den Nationalratswahlen

Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

Alles zu den Nationalratswahlen im **Kanton Appenzell Ausserrhoden** Seite 9 - 12

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.
Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.
Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.
Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz

Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?
Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

> «Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt. Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?
Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

> «Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und den Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit einem starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.

Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:

Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

Höhere Benzinpreise: ***Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!***
Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus. ***plus Fr. 270.–***

Zusätzliche CO_2-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO_2 auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen ***auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!***
Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–. ***plus Fr. 1'134.–***

Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:
Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– ***neu Fr. 600.– bis 800.–!*** ***plus Fr. 400.–***

Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt ***Fr. 1'128.–!*** ***plus Fr. 1'128.–***

Frei und sicher.

SVP wählen!

www.svp.ch
SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?
Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit… und Sie sorgen sich um die Schweiz?
Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?
Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.
Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.
Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat entweder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.
Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.
Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?
Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

> «Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen?»

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?
Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?
Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.
Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!
Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?
Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laisser faire – laisser aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?
Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

> «Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat?»

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?
«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.

Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economiesuisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP, Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Autofahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem Ausweisentzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

> «Die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht.»

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.

Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

> «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

EU-Abkommen entmachtet die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmachtet. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz einstehen.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag,** führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsidiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf **www.eu-no.ch** oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.

Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal Mass genommen an uns Schweizern … Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwängt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

> «Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden.
Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte
Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag,
der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte. Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland.
Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt.
Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

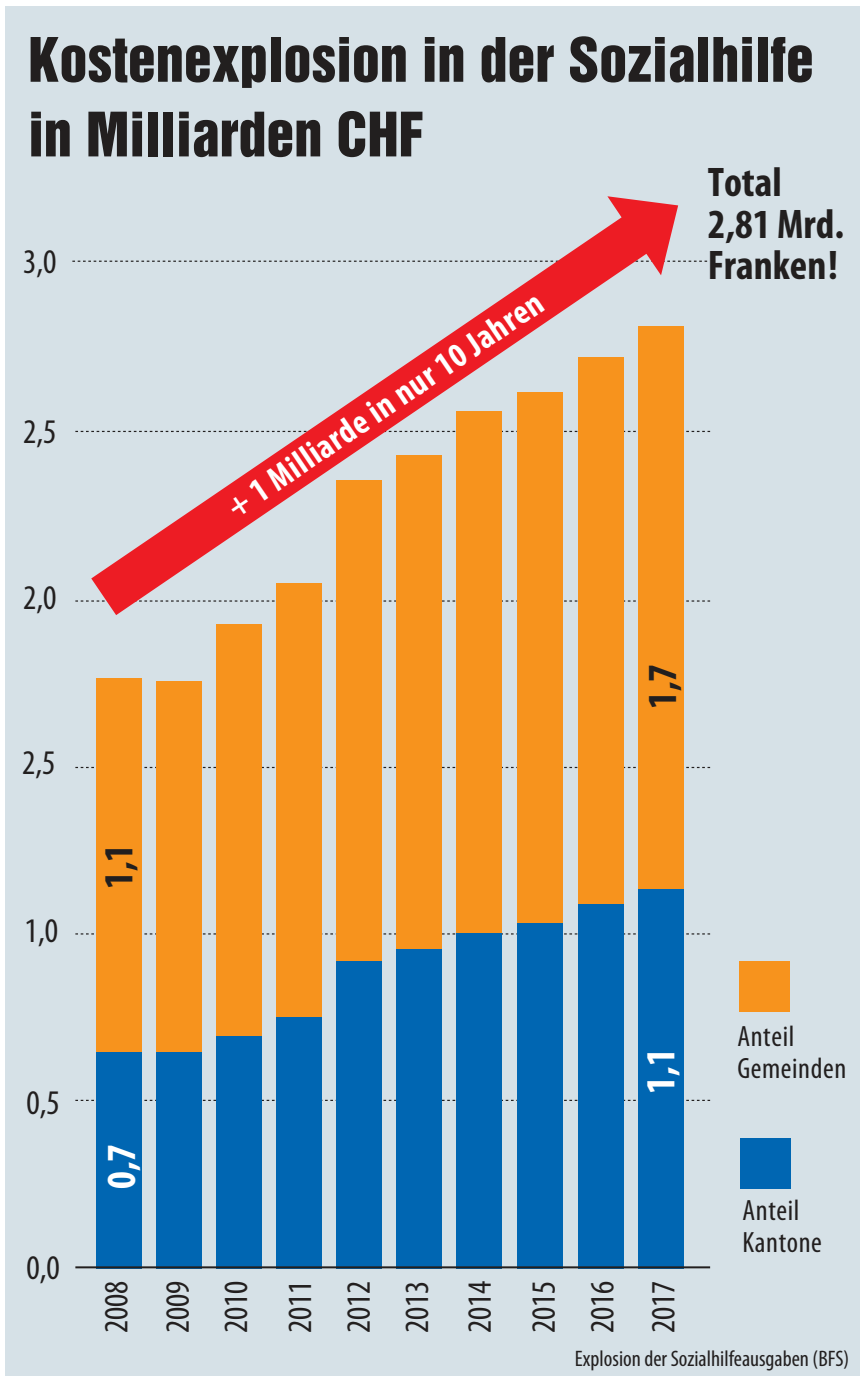
Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.

Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Einpersonenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

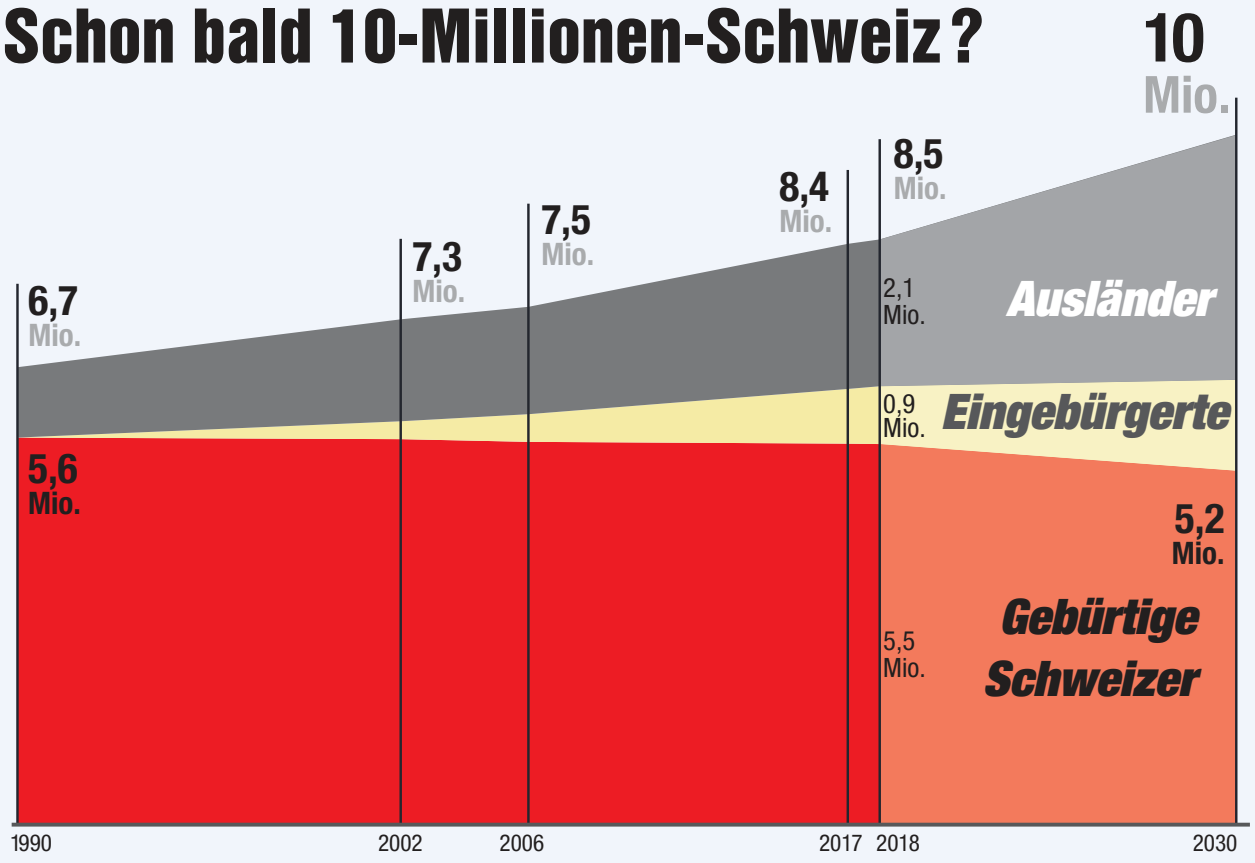
Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – beispielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber entsprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbarer. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeichnenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimsen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter anderem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!

Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.

Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch

In einer dunklen Kammer…

…kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang … Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV

2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- ☐ rund 100'000 = KE
- ☐ rund 1'000'000 = PW

3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- ☐ Mike Shiva = NE
- ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = AE

4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- ☐ «Freibier auf sicher» = W
- ☐ «Frei und sicher» = H

5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- ☐ Auf mindestens 10 % = S
- ☐ Auf mindestens 15 % = LE

6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung' des bilateralen Weges?»

- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit: www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

__ __ __ _ __ _
1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

  Bitte schicken Sie mir:

  ____ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm × 118,9 cm)

  ____ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm × 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
  - ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
  - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

«Jemand muss sich ja in Bern für Ausserrhoden stark machen»

Im Herbst 2015 wurde David Zuberbühler (SVP) zum neuen Nationalrat für Appenzell Ausserrhoden gewählt. Am 20. Oktober geht es um die Wiederwahl. Im Interview sagt Zuberbühler, wie er die ersten vier Jahre erlebt hat, was ihn weiterhin antreibt, sich politisch zu engagieren und was er von wahltaktischen Parteispielen und der Frauenfrage hält.

Seit vier Jahren vertritt David Zuberbühler den Kanton Appenzell Ausserrhoden im Nationalrat

David Zuberbühler, vor bald vier Jahren wurden Sie in den Nationalrat gewählt. Welche Bilanz ziehen Sie nach dieser Zeit?
Ich habe dieselbe Erfahrung wie fast alle Neugewählten gemacht: Man braucht eine gewisse Zeit der Einarbeitung, weil die Abläufe im Bundeshaus komplex sind. Inzwischen bin ich aber längst in der Bundespolitik angekommen und kann mich voll einbringen. Es ist erstaunlich, wie schnell man im Nationalrat über Regional- und Parteigrenzen hinaus vernetzt ist, wenn man sich aktiv beteiligt. Und es ist sehr befriedigend, sich an vorderster Front für die Schweiz und ihre Interessen einzusetzen.

Wie gut ist Ihnen das gelungen in dieser ersten Legislatur?
Abschliessend müssen das natürlich andere beurteilen. Mein persönliches Ziel habe ich erreicht: Ich habe mich bei jedem Geschäft konsequent für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz eingesetzt. Und dort, wo regionale Fragen betroffen waren, habe ich die Interessen von Appenzell Ausserrhoden verteidigt. Im Unterschied zu anderen Parlamentariern verpasse ich keine Abstimmung und habe eine nahezu makellose Präsenz. Das ist für mich eine Frage des Respekts vor dem Amt – und vor den Wählern. Natürlich war ich nicht mit jedem meiner Vorstösse erfolgreich, aber wenn ich eines in diesen vier Jahren gelernt habe, dann das: Man muss bei den Themen, die einem wichtig sind, einfach immer hartnäckig am Ball bleiben.

Die meisten Nationalräte betonen, dass regionale oder kantonale Fragen nicht zu ihren Aufgaben gehören und sie nur der Schweiz verpflichtet sind. Sie scheinen das anders zu sehen. Weshalb?
Im Nationalrat ist es so: Wenn sich in der Debatte niemand für eine bestimmte Region einsetzt, wird sie einfach übergangen. Appenzell Ausserrhoden hat einen einzigen Nationalratssitz. Zum Vergleich: Zürich hat 35. Wenn ich mich als einziger Ausserrhoder Vertreter im Nationalrat nicht für unseren Kanton stark mache, wer soll es dann tun? Natürlich betreffen die meisten Geschäfte scheinbar nicht direkt die einzelnen Kantone. Aber es ist meine Aufgabe, mir bei jeder Vorlage zu überlegen: Was bedeutet das für Ausserrhoden? Das fliesst in meine Beurteilung ein. Etwas zu unterstützen, unter dem mein eigener Wohnkanton leidet, kommt für mich nicht in Frage.

Der Mann mit dem Überblick: In Bern beschäftigt sich Zuberbühler vor allem mit Fragen rund um die Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz.

Nun steht Ihnen ein Wahlkampf bevor. Welche Gefühle löst das aus?
Wahlkämpfe gehören zur Politik, ich wurde vor vier Jahren ja auch in einer Kampfwahl gewählt. Dem stelle ich mich natürlich. Die Demokratie ist mir heilig. Mich hätte es allerdings gefreut, wenn im Wahlkampf eine Auseinandersetzung über Inhalte geführt werden würde. Dafür bleibt aber kaum Zeit, weil die andere Seite ihre Kandidatur so spät lanciert hat. Und bis heute wurde nie konkret ausgesprochen, was an meiner Arbeit nicht gut sein soll. Es geht also offenbar nicht um Themen, sondern um Personen, was ich schade finde. Ich gehe mit einem guten Gewissen in die Wiederwahl und bin überzeugt, dass die Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder wissen, dass ich mich mit ganzem Herzen für sie einsetze.

Sie stehen einer Kandidatin gegenüber, die von zwei ganz unterschiedlichen Parteien unterstützt wird. Das ist eine spezielle Ausgangslage.
Es ist nicht an mir, die Strategie anderer Parteien zu beurteilen. Mir scheint es einfach ein Novum für Appenzell Ausserrhoden, dass ein amtierender Nationalrat gewissermassen aus Prinzip angegriffen wird. Zudem ist ein Schulterschluss zweier Parteien, die sonst wenig gemeinsam haben, auch für die Wählerinnen und Wähler eine undurchsichtige Sache. Sie wissen

Im Bundeshaus gehört «dä Zubi» zu den Parlamentariern, die bei kaum einer Abstimmung fehlen.

nicht, was sie erhalten und wem sich die Person im Fall einer Wahl wirklich verpflichtet fühlt. Deshalb halte ich selbst wenig von taktischen Spielen und sage stattdessen offen und ehrlich, wofür ich stehe.

Von der politischen Konkurrenz wird die Frage aufgeworfen, ob Sie mit Ihrer Politik den Kanton Appenzell Ausserrhoden richtig repräsentieren. Wie sehen Sie das?
Die Antwort ist einfach: Ein Einzelner kann nie die Meinung aller Menschen eines Kantons repräsentieren. Dazu sind die Ansichten in unserem Kanton zu unterschiedlich, und das ist auch gut so, das macht Ausserrhoden gerade aus. Wir sehen die Dinge unterschiedlich, respektieren die Haltung des anderen aber. Ganz egal, wer Nationalrat ist: Er oder sie wird immer im Widerspruch stehen zu einem Teil der Bevölkerung. Entscheidend scheint mir, dass ich in den Fragen, die unseren Kanton direkt betreffen, in seinem Interesse handle – und damit zum Wohl aller. Ausserdem steht meine Tür auch für Menschen mit einer ganz anderen politischen Ausrichtung immer offen. Und wenn ich Handlungsbedarf erkenne, setze ich mich für ein Thema ein, egal von welcher Seite es an mich herangetragen wird. Ich glaube aber übrigens, dass ich sehr wohl einen grossen Teil des Kantons vertrete mit meinen Ansichten.

Was bringt Sie zu dieser Einschätzung?
Mich treibt die Liebe zur Schweiz und zu unserem Kanton an, und ich denke, dass ich das mit vielen Ausserrhoderinnen und Ausserrhodern teile. Auch meine bürgerliche Grundhaltung, mein klares Bekenntnis zur Armee und mein Einsatz für ein starkes Gewerbe sind Positionen, die in unserem Kanton mehrheitsfähig sind. Ich sehe jedenfalls kein Thema, bei dem ich im Widerspruch stehe zu den meisten meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger – im Gegenteil.

Der Vorwurf Ihrer Gegner kommt auch aus der Einschätzung heraus, Sie seien ein linientreuer Verfechter der SVP-Politik.
Würde ich nicht mit den Grundwerten der SVP übereinstimmen, wäre ich kaum Mitglied dieser Partei. Aber der Begriff der Linientreue aus Prinzip ist bei mir nun wirklich verfehlt. Ich war schon in früheren Ämtern als Herisauer Einwohnerrat und als Ausserrhoder Kantonsrat bekannt als unabhängiger Geist, der eine Sache vertritt, ohne auf das Parteibuch zu schielen. Ich werde mich sicherlich nicht von der SVP abgrenzen, nur um anderen etwas zu beweisen. Dort aber, wo ich etwas anders sehe, nehme ich keine Rücksicht auf die Haltung der Fraktion.

Gibt es dafür ein Beispiel?
Ich habe mich stark gemacht für eine verbesserte Transparenz im Bundeshaus. Es ging darum, dass Lobbysten deklarieren müssen, in wessen Auftrag sie in der Wandelhalle unterwegs sind. Mir schien das ein kleiner, aber richtiger Schritt, weil Lobbying im Bundeshaus zu einem echten Problem für die Demokratie werden kann. Dabei stand ich im Widerspruch zu meiner Fraktion – und das nicht zum ersten Mal. Wie gesagt, der Vorwurf der Linientreue ist falsch.

Sehr stark diskutiert wird in diesem Wahljahr die Frauenfrage, gerade auch wegen des Frauenstreiks im Juni. Stehen Sie einer Frau vor der Sonne?
Diese Frage müsste sich dann ja jeder gewählte Mann stellen. Und bei nur einem Nationalratssitz ist es ziemlich schwierig, Frauen und Männer gleichermassen zu berücksichtigen. Aber im Ernst: Ich finde es gut und unterstütze es, wenn sich beide Geschlechter politisch engagieren. Wir finden bessere Lösungen, wenn möglichst viele Bevölkerungsgruppen beteiligt sind. Aber dann muss man sich auch fragen: Haben wir genügend Unternehmer im Parlament? Die Antwort ist klar: Nein, ich bin einer von wenigen. Aber dieses Problem lässt sich nicht mit Quoten lösen, diese bringen selten gute Resultate. Zudem möchte ich daran erinnern, dass ich die Wahl vor vier Jahren gegen zwei Männer gewonnen habe. Ich stelle fest: Damals war die Frauenfrage den anderen Parteien offenbar noch nicht so wichtig.

Sie wurden verschiedentlich von politischen Gegnern angegriffen, beispielsweise beim Thema Klimawandel. Darauf haben Sie mit Informationen zu Ihrer persönlichen Energiebilanz geantwortet. Warum war Ihnen das wichtig?
Weil es ein gutes Beispiel für meine Philosophie ist: Handeln, nicht nur reden. Es ist sehr einfach, im Zug des ganzen Klimawandeltrends nun grosse und teure Massnahmen zu fordern oder zum Verzicht aufzurufen. Sehr viel schwieriger ist es, selbst im eigenen Umfeld etwas Handfestes zu unternehmen. Ich habe ein sehr gutes Gewissen in dieser Hinsicht, privat und beruflich habe ich meine Möglichkeiten ausgeschöpft, Energie zu sparen und nachhaltig einzusetzen. Darüber hinaus bin ich aber überzeugt, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht einfach jede Freiheit nehmen dürfen. Viele der Massnahmen, die jetzt gefordert werden, würden unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand schwer schädigen. Nachhaltig heisst für mich, dass man alle Aspekte des Handelns miteinbezieht.

Ein gutes Gespann: David Zuberbühler zusammen mit seinem Partei- und Ratskollegen Lukas Reimann.

10 Fragen an Zubi

Ihr bester Freund im Bundeshaus?
Der gesunde Menschenverstand

Und Ihr ärgster Feind?
Der notorisch hohe Lärmpegel im Nationalratssaal

Ihre Schätzung: Wie viele Stunden sind Sie in diesen vier Jahren nach Bern gependelt?
Ich bin schlecht im Schätzen. Aber: Die Zeit im Zug nach Bern vergeht aufgrund meines Tatendrangs jeweils wie im Fluge.

Plündern Sie im Hotel in Bern jeweils die Minibar?
Mein Hotel verfügt zwar über vier Sterne, weiss aber offenbar nicht, was eine Minibar ist. Es hat keine!

Wo essen Sie am liebsten während der Session?
Der Ort ist nicht entscheidend.
Die Gesellschaft ist wichtig.

Erhält ein Nationalrat eigentlich Fanpost?
Ja, ich habe mal von einem Nationalrat gehört, der Fanpost erhalten haben soll. Spass bei Seite: Wenn man Missstände anspricht, macht man sich nicht überall beliebt. Da kriegt man nette und weniger nette Post zugeschickt.

Haben Sie sich im Bundeshaus schon einmal verirrt?
Es ist schon vorgekommen, dass ich mich im Ratssaal gefragt habe, wo ich hier eigentlich bin. Etwa dann, wenn das Parlament Volksentscheide nicht umsetzen oder den Bückling vor Brüssel machen möchte.

Haben Sie den Saal schon mal aus Langeweile verlassen?
Nein, sonst würde ich meine anwesenden Ratskolleginnen und Ratskollegen gegebenenfalls wecken.

Wollte man Ihre Stimme schon einmal kaufen?
Nein, die ist unbezahlbar:
do-re-mi-fa-so-la-ti-do

Wie würden Sie Ihre Wiederwahl feiern?
Würden? Ich werde mit meiner Familie und dem Wahlkampfteam bodenständig essen gehen.

Geben auch Sie am 20. Oktober Ihre Stimme an David Zuberbühler, damit er seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Danke für Ihre Unterstützung.

«Dä Zubi» in allen Facetten

Als Volksvertreter, der diesem Namen gerecht wird, trifft man David Zuberbühler nicht nur im Nationalratssaal an, sondern auch bei den Leuten. Ob auf dem Motorrad, auf einem Spaziergang mit Familie und Hund, einer Wanderung oder einem Volksfest. Ein kleiner Streifzug durch die private Welt von «Zubi».

dä Zubi

Der sichere Wert

«Dä Zubi» und seine Schwerpunkte

Als Nationalrat ist David Zuberbühler Generalist und befasst sich mit einer Vielzahl von Themen aus den unterschiedlichsten Bereichen. Dennoch gibt es in seiner Politik klare Schwerpunkte: Eine tiefere Staatsquote, eine Reduktion der Zuwanderung, bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern.

Das sagt «dä Zubi» über die Schweiz:

«Wir müssen einen weiteren Ausbau unseres Sozialstaats und die wachsende Aufblähung der Verwaltung verhindern, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Noch gehören wir dank unseren Qualitäten wie Souveränität, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus zu den wirtschaftlich leistungsfähigsten Ländern. Aber wir riskieren derzeit, diesen Vorsprung leichtfertig zu verspielen. Denn der Staat übernimmt fortlaufend neue Aufgaben.»

Das sagt «dä Zubi» über die Zuwanderung:

«1950 lag der Anteil der Ausländer in der Bevölkerung bei 6 Prozent, Ende 2017 waren es bereits 25 Prozent. Wenn wir uns nicht fremd im eigenen Land vorkommen wollen, gibt es deshalb nur ein Rezept: Die Zuwanderung ist markant zu senken. Ein Staat muss aktiv steuern, wer hier eine neue Heimat findet und wer nicht. Denn die Folgen einer ungebremsten Zuwanderung sind verheerend.»

Das sagt «dä Zubi» über die Wirtschaft:

«Der Begriff ‚sozial' wird oft falsch verwendet. Sozial ist nicht, wer sich für möglichst viel Sozialhilfe ausspricht, sondern wer Arbeitsplätze schafft. Es gibt kein besseres Rezept gegen Armut als Arbeit. Deshalb muss der Staat die Wirtschaft fördern, statt sie mit immer neuen Gesetzen und Vorschriften zu bremsen und zu behindern. Als Mitinhaber eines KMU mit rund 70 Angestellten weiss ich, was es heisst, in der

Schweiz ein Unternehmen zu führen. Nur wenn wir gute Rahmenbedingungen haben, sind wir in der Lage, weiter zu investieren und so neue Arbeitsplätze zu schaffen.»

«Dä Zubi» über Steuergelder:

«Alles, was der Staat neu einführt, kostet Geld – den Bürger, die Unternehmer oder beide. Und oft bleibt es nicht bei einer einmaligen Investition, daraus werden laufende Kosten. Als Unternehmer weiss ich, wie hart es ist, Geld zu verdienen, und entsprechend verantwortungsvoll gehe ich damit um. Beim Staat fehlt dieses Bewusstsein oft. Auf Kosten der Steuerzahler werden immer wieder unnötige Projekte angestossen, beispielsweise im Präventionsbereich. Wir müssen jede neue Ausgabe kritisch prüfen und gegebenenfalls verhindern.»

So wählen Sie richtig!

1. Wenige Wochen vor der Wahl erhalten Sie das Stimmcouvert des Kantons. Es enthält den Stimmausweis, die Wahlzettel für die Wahlen in den Nationalrat und den Ständerat sowie ein kleines Couvert.
2. Nehmen Sie den leeren Wahlzettel für die Nationalratswahl, schreiben Sie «David Zuberbühler», «Nationalrat und Unternehmer» und «Herisau» darauf und legen Sie den Zettel ins kleine Couvert.
3. Legen Sie den Stimmausweis zusammen mit dem kleinen Couvert ins grosse Stimmcouvert, so dass die Adresse Ihrer Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist.
4. Werfen Sie das Couvert am nächsten Briefkasten ein – spätestens am 17. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 18. Oktober direkt zur Gemeinde bringen oder am 20. Oktober an die Urne gehen.
5. **Achtung:** Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, sonst ist Ihre Stimme ungültig!

Appenzell Ausserrhoden

MUSTER

Wahl der Vertreterin oder des Vertreters in den Nationalrat vom 20. Oktober 2019

Name und Vorname	Beruf oder Amt	Wohnort
Zuberbühler David	Nationalrat und Unternehmer	Herisau